Finanzen und Finanzpolitik des Kantons Baselstadt.

Von Hans Jonell, Adjunkt am Statistischen Amt des Kantons Baselstadt.

In allen Kantonen gibt es neben der Staatsverwaltung noch zahlreiche selbständige Einwohner- und Bürgergemeinden. Einen einzigen Gegensatz hierzu bildet der Kanton Baselstadt. In diesem besorgt seit dem Jahre 1875 die kantonale Verwaltung alle Geschäfte der Einwohnergemeinde Basel. Es gibt also neben der kantonalen Verwaltung nur noch eine Bürgergemeinde Basel, sowie selbständige Einwohnergemeinden in Riehen und Bettingen.

Hieraus geht ohne weiteres hervor, dass der Staatshaushalt von Baselstadt ganz anders geartet ist als in den übrigen Kantonen; er besitzt einen ausserordentlich starken kommunalen Einschlag. Unlängst wurde nun der Versuch gemacht, die Finanzen der Kantone nach einheitlichen Grundsätzen darzustellen¹⁾, wobei uns die Aufgabe zufiel, den Kanton Baselstadt zu behandeln. Es zeigte sich jedoch bald, dass die von den kantonalen Finanzdirektoren aufgestellten einheitlichen Grundsätze für eine Finanzstatistik der Kantone nicht auf den baselstädtischen Staatshaushalt passten, weshalb eigene Wege eingeschlagen werden mussten. Dadurch litt aber die angestrebte Vergleichbarkeit stark, obschon unser Bestreben dahin ging, den aufgestellten Grundsätzen nach Möglichkeit nachzuleben.

Die Aufforderung der Redaktion der „Zeitschrift für schweizerische Statistik“, einen Vortrag über *Finanzen und Finanzpolitik des Kantons Baselstadt*, gehalten am 14. Februar 1916 in der Statistisch-volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Basel, an dieser Stelle in erweiterter Form zu veröffentlichen, kam daher sehr erwünscht. Es bot sich so die schöne Gelegenheit, den schwierigen Gegenstand ohne Zwang zu behandeln und manches zu verwenden, was in der erwähnten Studie wegbleiben musste. Die vorliegende Arbeit deckt sich in manchen Punkten mit der Darstellung bei Steiger, während sie in anderen weit über deren Rahmen hinausgeht. Da seither wieder einige Zeit verstrichen ist, so konnte das Zahlenmaterial wesentlich ergänzt und bis auf die Gegenwart nachgeführt

werden, wodurch die Arbeit gegenüber der früheren nur gewinnt.

Die folgenden Ausführungen umfassen zwei Teile. In einem historisch-statistischen wird auf Grund der Rechnungen von 1880, 1890, 1900, 1910, 1913 und 1914 gezeigt, wie sich der baselstädtische Staatshaushalt durch drei Jahrzehnte hindurch bis zum Ausbruche des Weltkrieges gestaltet und welche Finanzpolitik der Kanton verfolgt hat. Um die Finanzpolitik schärfer zu erfassen, wurden einzelne Untersuchungen auf die Jahre 1834—1914 ausgedehnt. Dem historisch-statistischen Teile folgt eine kurze Besprechung der durch den Krieg geschaffenen Finanzlage, welcher die Budgets von 1915 und 1916 zugrunde liegen.

I.

Gemäss den Grundsätzen der Finanzwissenschaft werden die *Ausgaben* vorangestellt. Über diese gibt Tabelle 1 Aufschluss. Die durchgeführte Gliederung lehnt sich im wesentlichen an die Hauptabschnitte der Staatsrechnung an. Die verschiedenen Ausgaben, die ausserordentlichen Ausgaben und die Unterstützungen, sind unter die übrigen aufgeteilt worden. Der Abschnitt Verzinsung und Amortisation der Staatsschulden, wie er in der Staatsrechnung erscheint, hat eine weitere Gliederung erfahren, da er zu unterschiedliche Ausgaben enthält. Er wurde wie folgt gegliedert: Verzinsung der Staatsschulden, Amortisation der Staatsschulden und Rückstellungen. Einen einheitlichen Typus stellt die Gliederung nicht dar. Die Ausgaben erscheinen weder vollständig nach der Zweckbestimmung, für die sie erfolgen, noch nach der Verwaltung, die sie macht. Im vorliegenden Falle handelt es sich um ein Mittelding. Die Gruppen 1—11 stellen die Ausgaben dar nach den Verwaltungen, die sie machen, während für die Gruppen 12—16 die Zweckbestimmung massgebend ist.

Die einzelnen Ausgaben haben fast durchwegs eine absolute Steigerung erfahren, wenn man einige minime Reduktionen von 1913 auf 1914 ausser acht lässt. Stark abgenommen haben nur die Ausgaben für den

¹⁾ Steiger, Der Finanzhaushalt der Schweiz, III. Band: Die Kantone.

Kirchendienst und der Übertrag auf den Amortisationskonto. Das Zurückgehen der Ausgaben für den Kirchendienst ist auf die Trennung von Staat und Kirche zurückzuführen, während in der starken Abnahme des Übertrages auf den Amortisationskonto bereits der schädigende Einfluss des Krieges auf die Volkswirtschaft zum Vorschein kommt. Der erwähnte Übertrag wird aus den Erträgen der gewerblichen Unternehmungen gemacht, welche im Jahre 1914, wie später noch gezeigt wird, weit weniger abwarfen als 1913.

Unter den Ausgaben, die stark gewachsen sind, befindet sich auch die Verzinsung der Staatsschulden. Dies hat auf den ersten Blick etwas Beängstigendes. Es wird aber in anderem Zusammenhange noch nachgewiesen, dass dieses Wachstum zu Besorgnissen keinen Anlass bietet.

Was endlich den verhältnismässigen Anteil der einzelnen Ausgaben an den Ausgaben überhaupt anbelangt, so ist er sich beim Finanzdepartement, bei der Militärdirektion, beim Löschwesen und der Amortisation der Staatsschulden fast gleichgeblieben, während er bei den Regierungsausgaben, beim Kirchendienst, beim Polizeidepartement und beim Konto Vor- und Rückschläge ununterbrochen zurückging, beim Sanitätsdepartement aber fortgesetzt zunahm. Für die übrigen Ausgaben lassen sich irgendwelche regelmässige Züge nicht feststellen. Vergleicht man dagegen die Anteile von 1880 und 1914 miteinander, so ergibt sich für das Erziehungsdepartement, das Departement des Innern und die Ruhegehälter eine mehr oder weniger starke Zunahme, während beim Justizdepartement, beim Baudepartement, der Verzinsung der Staatsschulden und dem Übertrag auf den Amortisationskonto ein Rückgang des Anteiles zu verzeichnen ist.

In den Ausgaben des Baudepartements sind auch die Summen enthalten, die zu Abschreibungen an Aktiven verwendet wurden. Weiter unten soll gezeigt werden, was für Beträge im Laufe der Zeit dafür verwendet worden sind.

Der Kanton Baselstadt ist in den letzten Jahren einer der grössten Arbeitgeber geworden. Die ausserordentliche Bevölkerungszunahme seit dem Jahre 1900 erforderte nach und nach die Anstellung neuer Lehrkräfte. Zur Bewältigung der wachsenden Geschäfte in den einzelnen Verwaltungen musste mit der Zeit die Zahl der Beamten und Angestellten erhöht werden. Ausserdem brachte uns der fortschreitende Prozess der Verstadtlichung — in unserem Falle der Verstaatlichung — der verschiedensten Betriebe nicht nur eine weitere Vermehrung der bereits erwähnten Beamten und Angestellten, sondern auch eine grosse Arbeiterschaft. Mit dem Wachstum der Staatsbediensteten hat sich natürlich auch der Personalaufwand vermehrt, und es

wäre daher von Interesse, seine Entwicklung durch die Jahrzehnte zahlenmässig aufzeichnen zu können. Ein Versuch, aus den Staatsrechnungen darüber die nötigen Angaben zu gewinnen, führte zu keinem befriedigenden Resultate. Die Staatsrechnungen lassen uns in dieser Hinsicht vollständig im Stich, da viele persönliche Ausgaben mit Sachausgaben zu einem Posten verbunden sind. Es ist allerdings zu sagen, dass in den letzten Jahren einzelne Verwaltungen angefangen haben, ihre Ausgaben in persönliche und sachliche zu scheiden. Aber solange nicht alle Verwaltungen so vorgehen, kann man auch keine einwandfreien Angaben liefern über den verhältnismässigen Anteil, den die persönlichen Ausgaben an den Ausgaben überhaupt ausmachen.

Wäre diese Trennung der Ausgaben in persönliche und sachliche immer durchgeführt worden, so wäre es nun leicht möglich, durch einige wenige Additionen ein genaues Bild zu geben über die Belastung des Staatshaushaltes durch die persönlichen Ausgaben in den einzelnen Rechnungsjahren. Und wenn damit auch eine genaue Berichterstattung über die Zahl der Staatsbediensteten verbunden worden wäre, so würde man ausser den persönlichen Ausgaben im einzelnen Rechnungsjahre auch noch den Personalbestand kennen und wäre so in der Lage, Vergleichszahlen von grossem Werte zu besitzen.

Wenn nun auch zuverlässige Angaben über den Personalaufwand fehlen, so sind wenigstens seit einigen Jahren solche über das Wachstum der Staatsbediensteten vorhanden. Da darüber mancherorts irrige Vorstellungen bestehen, erscheint es angezeigt, vom eigentlichen Thema etwas abzuweichen, um einiges über die Vermehrung des Staatspersonals zu sagen. Mit den Bestrebungen, die Gehalts- und Dienstverhältnisse einheitlich zu regeln, setzt auch die Berichterstattung über den Bestand der Staatsbediensteten ein. Es liegen für die Jahre 1906—1915, also für ein volles Jahrzehnt, fast lückenlose Angaben vor. Ausserdem hat im Jahre 1902 der damalige Kantonsstatistiker Dr. Mangold eine Erhebung durchgeführt. Um über das Wachstum klare Vorstellungen zu gewinnen, ist es gut, die Staatsbediensteten in vier Gruppen zu teilen, nämlich in Beamte, Angestellte und Arbeiter der eigentlichen Verwaltung, in Professoren und Lehrer, in Beamte, Angestellte und Arbeiter der kantonalen Heil- und Pfliganstalten und endlich in Beamte, Angestellte und Arbeiter der gewerblichen Unternehmungen. In der zuletzt genannten Gruppe sind auch die Beamten und Angestellten der Kantonalbank untergebracht worden. Das Wachstum der einzelnen Gruppen als auch der Gesamtheit aller Staatsbediensteten ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich:

Kategorien	1902		1906		1915	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Beamte, Angestellte und Arbeiter der eigentlichen Verwaltung	1050	42.0	1150	38.3	1400	35.9
Professoren und Lehrer	600	24.0	700	23.3	900	23.1
Beamte, Angestellte und Arbeiter der kantonalen Heil- und Pflegeanstalten	150	6.0	150	5.0	150	3.8
Beamte, Angestellte und Arbeiter der gewerblichen Unternehmungen	700	28.0	1000	33.4	1450	37.2
Total	2500	100.0	3000	100.0	3900	100.0

Aus der Zusammenstellung geht hervor, dass die Beamten, Angestellten und Arbeiter der gewerblichen Unternehmungen absolut das stärkste Wachstum unter den vier Gruppen aufweisen, und dass daher der verhältnismässige Anteil im Jahre 1915 gegenüber 1902 und 1906 eine starke Steigerung erfahren hat, während er umgekehrt bei den anderen Gruppen kleiner geworden ist.

Die meisten staatlichen Verwaltungen sind nicht in der Lage, ihre Ausgaben aus den eigenen Einnahmen zu decken, sondern benötigen Zuschüsse. Eine Ausnahme bilden die gewerblichen Unternehmungen, die der Staatskasse Überschüsse abliefern. Bildet man nun im vorliegenden Falle den Gegensatz zwischen Zuschussverwaltungen und Überschussverwaltungen und setzt gleichzeitig die absoluten Zahlen von 1906 = 100, so ergeben sich folgende Entwicklungsreihen:

	Zuschussverwaltungen	Überschussverwaltungen	Staatliche Verwaltungen überhaupt
1906 . . .	100	100	100
1907 . . .	106	105	106
1908 . . .	110	107	109
1909 . . .	112	110	111
1910 . . .	113	114	114
1911 . . .	116	116	117
1912 . . .	117	129	121
1913 . . .	120	137	126
1914 . . .	122	140	128
1915 . . .	122	143	129

In den letzten zehn Jahren hat also der Personalbestand im ganzen um 29% zugenommen, während sich in den Zuschussverwaltungen eine Vermehrung von nur 22%, in den Überschussverwaltungen aber von 43% ergibt. Da die absoluten Zahlen von 1906, was die Zuschussverwaltungen anbelangt, etwas zu nieder sind, weil einzelne Gruppen von Staatsbediensteten erst

später erfasst werden konnten, so tritt die in den Relativzahlen aufgezeichnete Entwicklung nicht so scharf hervor, als es der Fall wäre, wenn die absoluten Zahlen genau der Wirklichkeit entsprechen würden. Aber auch so entbehren die Zahlenreihen nicht an Interesse und dienen dazu, falsche Anschauungen über das Wachstum des Staatspersonals zu beseitigen.

Zur Beurteilung der baselstädtischen Finanzpolitik ist am Schlusse der Ausführungen über die Ausgaben die erfreuliche Tatsache festzustellen, dass diese namhafte Summen zu Abschreibungen an Aktiven, zur Amortisation der Staatsschulden und zur Reservenbildung enthalten. Alle diese Ausgabeposten erscheinen erst seit dem Jahre 1880 in den Staatsrechnungen.

Bei den Einnahmen gestaltete sich die Gruppierung, wie sie aus Tabelle 1 ersichtlich ist, wesentlich schwieriger als bei den Ausgaben. Die meisten der gebildeten Gruppen erklären sich von selbst. Über die Verwaltungseinnahmen aller Art und die gesetzlichen Zuwendungen aus Bundesmitteln scheinen jedoch einige Bemerkungen am Platze zu sein. Unter die Verwaltungseinnahmen aller Art wurden eingereiht: Gebühren, Strafen, Bussen, gesetzliche und freiwillige Beiträge, Geschenke, Legate, Schulgelder, Kostgelder, Verkauf von Gräbern, Wirtschaftserlöse der Strafanstalt und der kantonalen Rettungsanstalten etc. Was die gesetzlichen Zuwendungen aus Bundesmitteln anbelangt, so wurden folgende Einnahmen unter diesem Gesichtspunkte als Gruppe zusammengefasst: Kantonsanteil an den Patenttaxen der Handelsreisenden, Kantonsanteil am eidgenössischen Alkoholmonopol, Entschädigung für den Ausfall der Banknotensteuer, Militärsteueranteil, Bundessubventionen, Zollbussenanteil und Alkoholbussenanteil.

Bei den Einnahmen fällt sofort auf, dass die Steuererträge wohl absolut zugenommen haben, dass aber ihr verhältnismässiger Anteil an den Einnahmen überhaupt bedeutend zurückgegangen ist. Dafür hat nun aber absolut und relativ der Anteil der Kapitalzinsen

und der Bruttoerträge der kommunalen Betriebe ganz bedeutend zugenommen, wenn man, was die letzteren anbelangt, den durch den Ausbruch des Krieges bedingten Ausfall von 1914 gegenüber 1913 unberücksichtigt lässt. Mit dieser Einschränkung sind auch die gesetzlichen Zuwendungen aus Bundesmitteln absolut und relativ gewachsen.

Bezüglich der übrigen Einnahmen mögen einige Bemerkungen über die Verwaltungseinnahmen aller Art, den Ertrag des Salzmonopols und die Immobilienzinsen genügen. Die übrigen Gruppen können unberücksichtigt bleiben, da zum Teil kein lückenloses Vergleichsmaterial vorliegt, oder aber die Erträge absolut und relativ nicht von Bedeutung sind. Die Verwaltungseinnahmen haben absolut seit 1880 stark zugenommen; dagegen ist der verhältnismässige Anteil an den Einnahmen überhaupt nicht unwesentlich zurückgegangen, was auf das starke Anwachsen der Kapitalzinsen und der Bruttoerträge der gewerblichen Unternehmungen zurückzuführen ist. Beim Salzmonopol ist bis 1913 eine absolute Zunahme des Ertrages zu verzeichnen, dann tritt 1914, durch die Kriegswirren bedingt, ein Rückschlag ein. Der verhältnismässige Anteil dagegen ist seit 1880 konstant zurückgegangen. Die Immobilienzinsen endlich verzeichnen absolut und relativ 1900 den höchsten Ertrag. Dies scheint einigermaßen auffallend, weil sich bei den Untersuchungen über die Vermögenslage später ergibt, dass der Immobilienbesitz in den letzten Jahren ganz bedeutend zugenommen hat. Die Erklärung ist darin zu finden, dass durch den Verkauf des Postgebäudes im Jahre 1904 ein grosser Mietzins in Wegfall kam, und dass die Landankäufe der letzten Jahre einstweilen keine oder wenigstens keine dem Ankaufspreis entsprechenden Erträge abwerfen. Die bei der späteren ganzen oder teilweisen Abstossung zu erwartenden Gewinne werden voraussichtlich den einstweiligen Zinsverlust übersteigen.

Wenn auch der verhältnismässige Anteil des Ertrages der sämtlichen Steuern an den Einnahmen überhaupt seit 1880 ununterbrochen zurückgegangen ist, so bilden sie immer noch die Haupteinnahmequelle des Staates. Es erscheint daher angezeigt, über die Erträge der einzelnen Steuern einige vergleichende Zahlen zu bringen. Diese sind in Tabelle 2 enthalten.

Sieht man vom Wein- und Bierohmgeld und der Weineingangs- und Konsumgebühr ab, welche Steuern nur 1880 erscheinen, um später durch das Alkoholmonopol und die Wirtschaftspatente ersetzt zu werden, so ergibt sich aus der Zusammenstellung, dass die Erträge der einzelnen Steuern bis 1913 absolut gewachsen sind, ausgenommen diejenigen der Stempelsteuer und der Handänderungssteuer. Im Jahre 1914

gingen auch die Erträge einiger anderer zurück, wohl schon eine Folge des Einflusses der Kriegswirren auf die schweizerische Volkswirtschaft. Das festgestellte Wachstum ist jedoch nicht ausschliesslich auf die Steigerung der Steuerkraft der Bevölkerung zurückzuführen, sondern ist vielfach bedingt durch die Erhöhung einzelner Steueransätze in den Jahren 1908 und 1911 und die Erhebung von Steuerzuschlägen — 10% — in den Jahren 1909—1914 auf der Einkommenssteuer, der Vermögenssteuer und der Steuer der anonymen Erwerbsgesellschaften, sowie auf der Erbschaftsteuer in den Jahren 1909—1913.

Der verhältnismässige Anteil der einzelnen Steuern an den Steuern überhaupt ist in den dargestellten Jahren sehr unterschiedlich und bietet zu irgendwelchen Bemerkungen keinen Anlass.

Dagegen soll nochmals auf das geringe absolute Wachstum der Steuern und den starken Rückgang des verhältnismässigen Anteiles an den Einnahmen überhaupt zurückgekommen werden. Worauf diese Erscheinung zurückzuführen ist, vermögen wir nicht zu erklären. Sie kann hervorgerufen werden durch die Depression im Wirtschaftsleben oder durch den Mangel an genügender Kontrolle, um den Anteil der versteuerten Einkommen an den Einkommen überhaupt zu steigern.

Mit Rücksicht auf die bevorstehenden Auseinandersetzungen über das Verhältnis der schweizerischen Finanzwirtschaft zur bundesstaatlichen wurde die Gruppe gesetzliche Zuwendungen aus Bundesmitteln geschaffen. Aus Tabelle 1 ist, wie bereits betont wurde, ein starkes absolutes und relatives Wachstum ersichtlich, sieht man von dem Rückschlage im Kriegsjahre 1914 ab.

Die weitere Gliederung dieser gesetzlichen Zuwendungen aus Bundesmitteln nach Art der verschiedenen Intraden, die auf Grund von Gesetzen oder Verordnungen des Bundes der Staatskasse zufließen, wird in Tabelle 3 dargestellt.

Da in früheren Jahren die Bundessubventionen an den Ausgaben in Abzug gebracht worden sind, so erscheint deren Wachstum seit 1900 etwas sprunghaft. Die Bundessubventionen überragen alle anderen Einnahmen aus Bundesmitteln absolut und relativ.

Für eine gesunde Finanzpolitik sprechen bei den Einnahmen die gesteigerten Kapitalzinsen und Bruttoerträge der gewerblichen Unternehmungen. Erfreulich ist auch, vom kantonalen Standpunkt aus betrachtet, das starke Wachstum der gesetzlichen Zuwendungen aus Bundesmitteln, während das geringe Wachstum der Steuern als ein recht unerfreuliches Moment bezeichnet werden muss. Um über die Finanzpolitik keine falschen Vorstellungen zu erwecken, sei schliesslich noch

bemerkt, dass die Abhebung eines Fonds im Jahre 1900 der Willensäusserung des anonymen Spenders entsprach. Aus dem Fonds wurde der Bau der guten Herberge in Riehen bestritten, einer Anstalt für gefährdete Mädchen, sowie die Erweiterung der kantonalen Rettungsanstalt Klosterfiechten.

Die wichtigste Aufgabe der Finanzverwaltung ist die Herstellung und Erhaltung der *Bilanz*, des Gleichgewichtes zwischen Ausgaben und Einnahmen. Wie liegen nun die Verhältnisse in dieser Hinsicht bei den Staatsrechnungen, die in Tabelle 1 zum Vergleiche verwendet worden sind? Bei fünf ergibt sich ein grosses Defizit, während nur eine einen minimalen Überschuss verzeichnet.

Diese Tatsachen sagen recht wenig. Es wird daher gut sein, das Verhältnis der Ausgaben und Einnahmen zueinander noch etwas gründlicher zu behandeln, zumal so recht interessante Aufschlüsse über die Finanzpolitik von Baselstadt gegeben werden können.

Obschon der Vermögenslage des Kantons später noch besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden soll, muss jetzt schon ein Konto der Vermögensrechnung behandelt werden. Es ist dies der Reservekonto. Dieser taucht in der Vermögensrechnung erstmals im Jahre 1880 auf. Seit jener Zeit bis zum 31. Dezember 1914 wurden ihm Fr. 7,300,197. 52 gutgeschrieben, nämlich der Barsaldo von 1879 im Betrage von Fr. 429,356. 14, die Überschüsse der Staatsrechnungen in der Höhe von Fr. 3,070,041. 82, und endlich die 10% Steuerzuschläge der Jahre 1909—1914 von Fr. 3,800,799. 56. Dem Reservekonto wurden im Zeitraume von 1880 bis 1914 entnommen Fr. 21,780. 05 zur Abschreibung auf Jurabahnaktien und Fr. 6,976,797. 37 zur Deckung der Defizite. Der Reservekonto steht demnach heute mit Fr. 301,620. 10 in den Passiven der Vermögensrechnung.

In der Zeit von 1880 bis 1914 weisen die Staatsrechnungen Fr. 7,007,382. 73 an Defiziten auf, von denen, wie oben mitgeteilt wurde, Fr. 6,976,797. 37 aus dem Reservekonto gedeckt worden sind. Es verbleibt also noch eine Summe von Fr. 30,585. 36, für die die Deckung auf andere Weise erfolgte. Dieser Betrag ging zu Lasten des Staatsvermögens, wie die Rechnung sich ausdrückt. Um nun die Art der Deckung der Defizite genau zu erfassen, ist nicht ausser acht zu lassen, dass auch der Barsaldo von 1879, wie die eben erwähnte Summe, zu Lasten des Staatsvermögens ging. Unter Berücksichtigung dieser Tatsache ergibt sich, dass in den Jahren 1880—1914 von den Defiziten, die zusammen Fr. 7,007,382. 73 betragen, die Summe von Fr. 6,547,441. 23 durch Reserven gedeckt wurde, die aus laufenden Mitteln entstanden, und dass nur

Fr. 459,941. 50 dem Staatsvermögen entnommen werden mussten, was allerdings nicht hätte sein sollen. Trotzdem darf aber der Finanzverwaltung das Zeugnis nicht vorenthalten werden, dass sie von 1880 bis 1914 redlich bemüht war, das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben nicht nur zu erhalten, sondern es, wenn nötig, auf dem einzig richtigen Wege der Steuererhöhung sofort wieder herzustellen, wie das 1909—1914 durch die Erhebung der Zuschläge von 10% auf einer Reihe von Steuern der Fall war.

Greift man zeitlich noch etwas weiter zurück, so zeigt sich, dass dem nicht immer so war. In den Jahren 1834—1914 schlossen 41 Staatsrechnungen mit einem Defizit von Fr. 15,469,208. 56 ab und 40 mit einem Überschuss von Fr. 6,310,489. 24.

Wenn man nun diese letztere Summe von der ersteren in Abzug bringt und dabei noch berücksichtigt, dass aus dem dem Reservekonto überwiesenen Betrag der Steuerzuschläge bereits Fr. 3,477,399. 41 verwendet wurden, dann macht man die unliebsame Entdeckung, dass im erwähnten Zeitraume Fr. 5,681,319. 91 nicht aus laufenden Mitteln, sondern aus dem Staatsvermögen gedeckt worden sind. Die zeitliche Gliederung der Summe ergibt folgendes Bild:

Zeitraum	Betrag	
	absolut	%
	Fr.	
1834—1840	966,215. 42	17.0
1841—1850	—	—
1851—1860	—	—
1861—1870	1,503,706. 92	26.5
1871—1880	2,751,456. 07	48.4
1881—1890	429,356. 14	7.5
1891—1900	30,585. 36	0.6
1901—1910	—	—
1911—1914	—	—
	5,681,319. 91	100.0

Die Wandlungen in der Finanzpolitik im Laufe der Jahrzehnte können wohl nicht schärfer zahlenmässig dargestellt werden als in vorstehender Zusammenstellung. Für die Zeit von 1834 bis 1840 lässt sich die Deckung der Defizite aus dem Staatsvermögen schliesslich noch entschuldigen, da das Teilungsgeschäft viele unvorhergesehene Ausgaben verursachte. Dass man aber durch zwei Jahrzehnte hindurch, von 1861 bis 1880, in so starker Weise den Staatskredit zur Deckung der Defizite in Anspruch nahm, ohne auch nur einen genügenden Versuch zu wagen, diesen durch Erhöhung oder Neueinführung von Steuern zu begegnen, erscheint

als unverantwortlich. Nun muss ja zugegeben werden, dass damals viele Aufgaben gelöst worden sind, die auch späteren Geschlechtern zugute kommen; aber das rechtfertigt die Deckungsart doch nicht, da die Beseitigung der chronischen Defizite ganz wohl durch erhöhte Steuern oder durch neue Steuern hätte erfolgen können, ohne auf die Lebenshaltung weiter Kreise der Bevölkerung zu drücken. Gegenüber dem Vorgehen der Finanzverwaltung von 1861 bis 1880, namhafte Defizite aus dem Staatsvermögen zu decken und so für die Folgen des Zinsendienst zu erhöhen, ohne auch nur um genügend laufende Mittel besorgt zu sein, stechen die Massnahmen der Finanzverwaltung in der Zeit von 1881 bis 1914 vorteilhaft ab. Als das Gleichgewicht zwischen den Ausgaben und Einnahmen ins Wanken geriet, wartete sie nicht lange, sondern setzte, um es wieder herzustellen, die Erhebung der 10 %-Steuerzuschläge durch. Bedauerlich an dieser gesunden Finanzpolitik ist nur, dass der regierungsrätliche Vorschlag von 20 % nicht angenommen wurde, weil man so mit verstärkten Reserven den schädigenden Einwirkungen des Weltkrieges auf den baselstädtischen Staatshaushalt besser hätte begegnen können, als es nun tatsächlich der Fall sein wird.

Im Anschluss an die Untersuchungen über die Bilanz erscheint es zweckmässig, noch einiges über die *Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben* zu sagen, soweit es nicht besser bei der Besprechung der Vermögenslage erfolgt.

Wie bereits ausgeführt worden ist, sind wesentliche Defizitbeträge aus dem Staatsvermögen gedeckt worden, was nicht hätte geschehen sollen.

Auf gleiche Weise wurden auch die Mittel für das ausserordentliche Budget, das von 1879 bis 1885 bestand, aufgebracht. Es handelt sich dabei um den Bau von zwei Rheinbrücken und mehreren Schulhäusern, die Fr. 5,984,550. 08 erforderten.

Und endlich sind hier auch noch die Eisenbahnumbauten der Jahre 1899—1914 zu erwähnen. Diese verursachten dem Kanton an Ausgaben Fr. 9,415,172. 05. Davon wurden durch Entnahme aus dem Amortisationskonto, von dem später noch die Rede sein wird, gedeckt Fr. 4,285,936. 52, während Fr. 5,129,235. 53 zu Lasten des Staatsvermögens gingen.

Demnach stellt sich die Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben von 1834 bis 1914 wie folgt dar:

Zeitraum	Defizite	Ausserordentliches Budget	Eisenbahnumbauten	Total	
				absolut	%
	Fr.	Fr.	Fr.	Fr.	
1834—1840	966,215. 42	—	—	966,215. 42	5.8
1841—1850	—	—	—	—	—
1851—1860	—	—	—	—	—
1861—1870	1,503,706. 92	—	—	1,503,706. 92	9.0
1871—1880	2,751,456. 07	1,783,988. 24	—	4,535,444. 31	27.0
1881—1890	429,356. 14	4,200,561. 84	—	4,629,917. 98	27.5
1891—1900	30,585. 36	—	37,727. 90	68,313. 26	0.4
1901—1910	—	—	5,091,507. 63	5,091,507. 63	30.8
1911—1914	—	—	—	—	—
Total	5,681,319. 91	5,984,550. 08	5,129,235. 53	16,795,105. 52	100.0

Über die Verwendung der Anleihen im Kanton Baselstadt gibt es keine genauen Zusammenstellungen, so dass auch nicht festgestellt werden kann, wieviel von den erwähnten Ausgaben aus Anleihen bestritten wurde. Auf jeden Fall ist es ein bedeutender Betrag gewesen. Da nun diese Deckungsart den Zinsendienst erhöht, mithin auf Jahre hinaus die laufende Rechnung stark beeinflusst, so darf die Frage aufgeworfen werden, ob diese Art der Mittelbeschaffung für unproduktive Ausgaben einer gesunden Finanzpolitik entspricht.

Dass die Deckung der Defizite aus dem Staatsvermögen, also auf dem Wege von Anleihen, finanz-

politisch durchaus zu verwerfen ist, wurde bereits betont. Als Grundsatz jeder gesunden Finanzpolitik gilt, dass alle ordentlichen Ausgaben durch regelmässig fliessende, d. h. ordentliche Einnahmen zu decken sind, während zu den ungewöhnlichen Mitteln der Anleiheaufnahme und Vermögensveräusserung nur zur Deckung ausserordentlicher Ausgaben gegriffen werden darf.

Damit wäre die Deckungsart wenigstens für das ausserordentliche Budget und die Eisenbahnumbauten gerechtfertigt. Vertritt man aber die Ansicht, wonach die unproduktiven Ausgaben aus ordentlichen Mitteln zu decken sind, die produktiven aber aus ausserordent-

lichen, dann bietet die Deckungsart zu Bedenken Anlass. Den erwähnten Ausgaben fehlt, vom Standpunkt der privatwirtschaftlichen Anschauung, das eigentliche Erwerbsmoment. Die Anlagen entbehren der privatwirtschaftlichen Rentabilität, man kann bei einzelnen nur von einer volkswirtschaftlichen Produktivität sprechen. Daher kann schliesslich für den Bau der Rheinbrücken und die Eisenbahnumbauten die Deckungsart gutgeheissen werden, nicht aber für die Erstellung von Schulhäusern. Und so bleibt denn die fatale Tatsache bestehen, dass von 1861 bis 1885 etwas sorglos gewirtschaftet worden ist.

Die Jahre 1895—1900 bilden für das Wirtschaftsleben der Stadt Basel und des Kantons Baselstadt eine wichtige, ganz markante Epoche: die Zeit der Teilnahme an der allgemeinen Hochkonjunktur, eines ungewöhnlich raschen, noch nie dagewesenen Wachstums der Bevölkerung, eines erhöhten Erwerbes und Umsatzes im Liegenschaftsverkehr und gesteigerter Tätigkeit auf dem Gebiete der Industrie und besonders des Bauwesens. Diese Zeit spiegelt sich auch in der Zusammenstellung über die unproduktiven Ausgaben und ihre Deckung wieder. Von 1891 bis 1900 ist der Staatskredit für solche kaum in Anspruch genommen worden. Um nun keine irrigen Vorstellungen zu erwecken, sei schliesslich noch betont, dass das günstige Bild der letzten Jahre nicht durch eine Hochkonjunktur im Wirtschaftsleben bedingt ist, sondern durch die vernünftige Massnahme der 10%o-Steuerzuschläge, sowie die steigenden Erträgnisse der gewerblichen Unternehmungen, worüber in anderem Zusammenhange noch die Rede sein wird.

Im Laufe der Jahre sind aber auch noch andere unproduktive Ausgaben aus dem Staatsvermögen bestritten worden, nur handelte es sich dabei nicht um eine dauernde, sondern lediglich um eine vorübergehende Belastung desselben. Der Besprechung der Vermögenslage vorgehend, sei bemerkt, dass diese Ausgaben im Status als Aktiven erscheinen, an denen aus laufenden Mitteln bestimmte Beträge abgeschrieben werden.

Hier ist zunächst die Gotthardsubvention zu nennen, die von 1873 bis 1882 in den Staatsrechnungen des Kantons Baselstadt erscheint. Im ganzen belief sich die Subvention auf Fr. 1,611,999. 99. Von dieser Summe gingen 1879—1882 Fr. 510,880. 36 zu Lasten des Staatsvermögens, dem sie von 1883 bis 1886 aus laufenden Mitteln wieder zugeführt wurden.

Die mittlere Rheinbrücke, deren Bau in die Jahre 1903—1906 fällt, erforderte Fr. 2,674,303. 03. Davon konnten nur Fr. 790,489. 47 aus laufenden Mitteln bestritten werden, während das Staatsvermögen Franken 1,883,813. 56 vorschoss. Von dieser Summe wurden

ihm in den Jahren 1906—1914 Fr. 1,042,941. 05 aus den Erträgnissen der Christoph Merianschen Stiftung wieder zugeführt, so dass noch Fr. 840,872. 51 abzuschreiben sind.

Auch die Kosten der Kanalisation sind teilweise so bestritten worden. Genaue Zusammenstellungen über die Belastung des Staatsvermögens konnten noch nicht gemacht werden. Zur Abschreibung dienen u. a. die Dohlenbeiträge.

Und endlich sind noch die Strassenkorrekturen der inneren Stadt zu erwähnen. Die Kosten der Liegenschaften, die hierfür angekauft werden mussten, trägt das Staatsvermögen, und sie erscheinen als Aktiven, sogenannte Strassenkorrektionskonti, in der Vermögensrechnung. Genaue Zusammenstellungen über die finanzielle Tragweite der Strassenkorrekturen der letzten Jahrzehnte liegen nicht vor, aber einige Angaben sollen doch gemacht werden. In den Jahren 1891—1913 wurden nahezu 17 Millionen in die Strassenkorrekturen der inneren Stadt gesteckt. Hiervon konnten durch Verkauf von Bauparzellen an den korrigierten Strassen und durch Erhebung von Anwänderbeiträgen 6.5 Millionen wieder flüssig gemacht werden und 8.5 Millionen oder durchschnittlich im Jahr Fr. 370,000 durch Abschreibungen aus laufenden Mitteln. Somit sind noch etwa 2 Millionen durch Verkauf von Parzellen oder Abschreibungen zu tilgen¹⁾.

Über die *Vermögenslage* des Kantons Baselstadt gibt Tabelle 4 Aufschluss. Die verschiedenen Aktiven und Passiven, wie sie im Vermögensstatus der Staatsrechnungen der in Frage kommenden Rechnungsjahre enthalten sind, wurden nach dem Grade ihrer inneren Verwandtschaft in wenige Gruppen zusammengefasst. Nach den Ausführungen über die Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben sind irgendwelche weitere Erörterungen der durchgeführten Gruppierung unnötig; die einzelnen Gruppen erklären sich von selbst.

Was zunächst die *Aktiven* anbelangt, so ist zu betonen, dass die Vergleichbarkeit der Zahlen etwas leidet. In einzelnen der Vergleichsjahre wurden Anleihen aufgenommen, weshalb die Bankguthaben absolut und relativ sehr hoch erscheinen. Sieht man daher von dem Bankguthaben ab, so fällt das starke absolute Wachstum des Dotationskapitals der Kantonalbank, des Anlage- und Betriebskapitals der gewerblichen Unternehmungen und des Buchwertes der produktiven Liegenschaften auf. Der verhältnismässige Anteil allerdings hat abgenommen. Auf welche Umstände das zurückzuführen ist, wurde bei den Ausführungen über die Bankguthaben gezeigt. Was das absolute Wachstum des

¹⁾ Jahresbericht des Finanzdepartements 1913.

Dotationskapitals der Kantonalbank und des Anlage- und Betriebskapitals der kommunalen Betriebe anbelangt, so braucht darüber weiter nichts mehr gesagt zu werden. Dagegen sind einige Bemerkungen über die Entwicklung des Buchwertes der produktiven Liegenschaften nötig. Die Abnahme des Buchwertes in den Jahren 1900—1910 ist auf den Verkauf des Postgebäudes an die Eidgenossenschaft im Jahre 1904 zurückzuführen. Dagegen ist das ausserordentliche Wachstum von 1910 bis 1914 nur ein scheinbares. Wohl hat seit 1910 der Buchwert durch Landankäufe in Kleinhüningen, durch den Erwerb des Areals Schneider-Elmer und des alten badischen Bahnhofes eine bedeutende Steigerung erfahren. Aber es wurden 1912 noch produktive Liegenschaften im Wert von 3.3 Millionen, die bereits der öffentlichen Verwaltung gehörten, aber — weil abgeschrieben — nicht mehr in den Aktiven enthalten waren, wieder in den Vermögenstatus aufgenommen. Schliesslich scheint es richtig, auch noch darauf hinzuweisen, dass der Buchwert der zu amortisierenden Aktiven (Strassenkorrektionskonti, Kanalisationskonto etc.), von denen früher schon die Rede war, absolut und relativ in den letzten Jahren eine ganz bedeutende Verminderung erfahren hat.

Unter den *Passiven* steht die Anlehensschuld an erster Stelle. Sie hat absolut stark zugenommen, während ihr verhältnismässiger Anteil an den Schulden überhaupt sich fast gleichgeblieben ist. Das starke Anwachsen der Anlehensschuld hat jedoch so lange nichts Beängstigendes auf sich, so lange das erhaltene Geld zu produktiven Zwecken verwendet wird. Grosse Anleihen bilden erst dann eine Gefahr, wenn sie zur Bestreitung von Ausgaben dienen, für die die Deckung auf andere Weise erfolgen sollte. Inwieweit der Kanton Basel aus Anleihen Mittel für unproduktive Ausgaben geschöpft hat, wurde bereits dargelegt. In anderem Zusammenhange soll später noch gezeigt werden, wie es sich mit dem Teil verhält, der produktiven Zwecken dient, wobei allerdings betont werden muss, dass nicht genau festgestellt werden kann, wieviel von den Anleihen für produktive und wieviel für unproduktive Ausgaben verwendet worden ist.

Die Anleihen sind für eine bestimmte Anzahl Jahre fest und alsdann zur Rückzahlung oder Konversion fällig. Seit 1880 werden sie zurückbezahlt, worüber später auch noch einige Angaben gemacht werden sollen.

Über die temporären Geldaufnahmen ist nichts zu bemerken, dagegen sei betont, dass der hohe Betrag an verschiedenen Kreditoren in den Jahren 1913 und 1914 auf die Kaufpreisrestanz des badischen Bahnhofareals zurückzuführen ist. Die Rückstellungen werden weiter unten behandelt.

Setzt man alle Aktiven und Passiven ins Verhältnis zueinander, so ergibt sich, dass ein Überschuss der Passiven vorhanden ist. Er betrug 1880 8.7, 1890 12.3, 1900 13.2, 1910 20.5, 1913 18.2 und 1914 18.6 Millionen. Demnach entsprachen 1880 37.2%, 1890 52.2%, 1900 28.2%, 1910 22.6%, 1913 18.5% und 1914 18.5% der Passiven keine Aktiven. Es ist mithin in den letzten Jahren eine konstante Reduktion des verhältnismässigen Überschusses der Passiven über die Aktiven eingetreten.

Um nun aber die Vermögenslage vollständig richtig zu beurteilen, darf nicht ausser acht gelassen werden, dass die Passiven in Wirklichkeit geringer sind, weil sich darunter Posten finden, die nur buchhalterisch, um sie in ihre besondere Zweckbestimmung einzuweisen, unter die Passiven eingestellt sind, aber keine Schulden darstellen. Hierher gehören die Rückstellungen aller Art. Diese waren 1890 absolut und verhältnismässig am stärksten. Bringt man nun die erwähnten Reserven von den Passiven in Abzug, wodurch sie den Aktiven zugezählt werden, so ergibt sich, dass 1880 35.4%, 1890 47.3%, 1900 26.6%, 1910 22.1%, 1913 17.3% und 1914 17.3% der Passiven keine Aktiven gegenüberstanden.

Aus diesen Zahlen erhellt, dass sich die Vermögenslage des Kantons Baselstadt in den letzten Jahren fortwährend verbessert hat. Die Verbesserung tritt besonders deutlich hervor, wenn man auch die starke absolute und relative Abnahme der zu amortisierenden Aktiven in Betracht zieht.

Die unproduktiven Liegenschaften und das Mobilium, sowie alle Gegenstände, die einen besonderen wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert besitzen, sind in den Zusammenstellungen über die Vermögenslage nicht enthalten. Man hat nun allerdings im Jahre 1912 begonnen, die unproduktiven Liegenschaften, deren Schätzungswert damals 51.3 Millionen betrug, mit 30%, also mit 15.3 Millionen, in das Vermögen einzustellen. Dadurch reduzierte sich der Überschuss der Passiven über die Aktiven ganz bedeutend. Gleichzeitig hat man auch noch, wie bereits erwähnt worden ist, produktive Liegenschaften mit einem Buchwert von 3.3 Millionen in die Aktiven eingestellt. Um nun aber die Vergleichbarkeit mit früheren Jahren nicht zu stören, wurde für 1913 und 1914 nur der Buchwert der produktiven Liegenschaften bei den Aktiven aufgeführt, wodurch für diese Jahre der Passivsaldo viel höher ist, als er gegenwärtig in der Staatsrechnung steht.

Das Mobilium der Verwaltungen, die verschiedenen Sammlungen und die maschinellen Einrichtungen sind auf den 31. Dezember 1915 zu Fr. 31,236,108 versichert.

Der Kanton Baselstadt besitzt eine Reihe von *Verwaltungen mit gesonderter Rechnungsführung*. Diese

sind: Kantonbank, Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Kraftwerk Augst, Kantonale Strassenbahnen, Materiallagerplätze, Industriegeleise St. Johann, Schlacht- und Viehhof, Brausebäder, Kantonale Brandversicherungsanstalt, Kantonale Viehversicherungskasse, Heil- und Pfliganstalt Friedmatt, Frauenspital und die Öffentliche Krankenkasse.

Diese Verwaltungen erzielten zum Teil recht bedeutende Überschüsse. Einen jährlichen Zuschuss erheischen nur die Heil- und Pfliganstalt Friedmatt, das Frauenspital, die Öffentliche Krankenkasse und die Brausebäder.

Von den Überschussverwaltungen sind die Kantonale Brandversicherungsanstalt, die Kantonale Viehversicherungskasse und die Kantonbank mit der allgemeinen Finanzverwaltung nur lose verknüpft. Die Brandversicherungsanstalt hat lediglich einige gesetzliche Beiträge zu entrichten; ihre Überschüsse aber dienen ausschliesslich zur Reservenbildung, was auch bei der Viehversicherungskasse der Fall ist. Die Kantonbank verzinst der Staatskassenverwaltung das Dotationskapital, ihre steigenden Überschüsse aber werden vorerst noch ganz zur Reservenbildung verwendet. Es betrug der Überschuss im Jahre 1900 Fr. 59,415, 1910 Fr. 415,289, 1913 Fr. 1,093,060 und

1914 Fr. 729,125. 75. Die Reserven beliefen sich am 31. Dezember 1914 auf Fr. 5,646,827.

Wesentlich enger mit der allgemeinen Finanzverwaltung hängen die übrigen Überschussverwaltungen zusammen. Es sind das die gewerblichen Unternehmungen: Gaswerk, Wasserwerk, Elektrizitätswerk, Kraftwerk Augst, Strassenbahnen, Materiallagerplätze, Industriegeleise St. Johann und Schlacht- und Viehhof. Ausser der Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals liefern sie der Staatskasse noch bedeutende Bruttoerträge ab. Der Einfluss der gewerblichen Unternehmungen auf die Finanzlage des Kantons wird weiter unten in anderem Zusammenhange zahlenmässig erfasst. An dieser Stelle soll nur einiges über den Wert, den diese gewerblichen Unternehmungen darstellen, gesagt werden.

Bei den gewerblichen Unternehmungen steht der kommerzielle Wert bedeutend über dem blossen Buchwert, teils weil sich ihr Betrieb sehr wirtschaftlich gestaltet und steigende Erträge abwirft, teils weil aus ihren Betriebserträgen erhebliche Abschreibungen, deren Höhe vielfach gesetzlich vorgeschrieben ist, vorgenommen werden. Über den Wert der gewerblichen Unternehmungen auf Ende 1914 gibt nachstehende Zusammenstellung Aufschluss:

Unternehmung	Erstellungswert	Abschreibungen		Buchwert	
		absolut	in % des Erstellungswertes	absolut	in % des Erstellungswertes
Gaswerk	12,129,518	9,779,518	80.6	2,350,000	19.4
Wasserwerk	12,341,577	7,951,415	64.4	4,390,162	35.6
Elektrizitätswerk	11,543,104	5,822,520	50.4	5,720,584	49.6
Kraftwerk Augst	10,821,988	244,633	2.3	10,577,355	97.7
Strassenbahnen	11,131,632	1,213,000	10.9	9,918,632	89.1
Strassenbahnwohnhäuser	232,232	130,200	56.1	102,032	43.9
Materiallagerplätze	437,869	293,764	67.1	144,105	32.9
Industriegeleise	186,715	13,179	7.1	173,536	92.9
Schlacht- und Viehhof	3,442,580	1,692,480	49.2	1,750,100	50.8
Total	62,267,215	27,140,709	43.6	35,126,506	56.4

Obschon in Tabelle 4 das Anlage- und Betriebskapital der gewerblichen Unternehmungen zusammen aufgeführt ist, erscheint es nicht so hoch wie der Buchwert der baulichen Anlagen in vorstehender Tabelle. Buchungsgrundsätze tragen die Schuld daran.

Der Vollständigkeit halber müssen noch die Reserven erwähnt werden. Die Strassenbahnen besitzen drei Arten von Reserven, welche Ende 1914 folgende

Beträge aufwiesen: Erneuerungsfonds Fr. 1,483,458, Unfallreserve Fr. 50,000 und Bau- und Betriebsreserve Fr. 4159. Im weiteren hatte auf Ende 1914 das Wasserwerk einen Reservekonto von Fr. 90,173, das Elektrizitätswerk einen Erneuerungsfonds von Fr. 185,000 und das Kraftwerk Augst einen Erneuerungsfonds von Fr. 180,000 und einen Reservefonds von 137,162 Franken.

Die Zahl der *staatlichen Fonds* ist nicht sehr gross. Sie hat in den letzten Jahren abgenommen. Der bedeutendste Fonds, das Kirchen- und Schulgut, wurde zu Kirchenbauten verwendet und was davon noch übrig blieb, ging bei der Trennung von Staat und Kirche an die letztere über. Das gleiche gilt auch vom St. Elisabethen-Kirchenfonds. Bedeutung besitzen nur die Fonds und Stiftungen der Universität mit zusammen 2.5 Millionen Franken, während die sechs Spezialfonds in der Höhe von Fr. 276,309 nicht von Belang sind.

Bei den Ausgaben wurde auf das starke Wachstum des Zinsendienstes hingewiesen, gleichzeitig aber bemerkt, dieser Zustand biete zu Besorgnissen keinen Anlass, und die nähere Begründung dieser Behauptung noch in Aussicht gestellt. Die Erklärung des zunehmenden Zinsendienstes lieferten die Untersuchungen über die starke Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben. Es ist daher lediglich noch zu beweisen, dass trotzdem Befürchtungen unbegründet sind. Dies geschieht, indem man den *Anteil der Aktivzinsen an den Passivzinsen* feststellt. Für die Vergleichsjahre ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Passivzinsen	Aktivzinsen	
		absolut	In % der Passivzinsen
1880 . .	887,862	407,637	45.9
1890 . .	857,799	368,063	42.9
1900 . .	1,407,252	892,313	63.4
1910 . .	3,215,582	1,973,238	61.4
1913 . .	3,657,948	2,413,296	66.0
1914 . .	3,830,808	2,491,269	65.0

Es können jetzt wesentlich mehr Aktivzinsen den Passivzinsen gegenübergestellt werden, als es früher der Fall war. Die Verschiebungen treten noch deutlicher hervor, wenn man die Relativzahlen auf die Ergebnisse von 1880 bezieht. Dann ergibt sich folgendes Bild:

Jahr	Passivzinsen	Aktivzinsen
1880	100	100
1890	97	90
1900	159	219
1910	362	484
1913	412	592
1914	431	611

Demnach haben sich die Aktivzinsen im Laufe der Jahre versechsfacht, die Passivzinsen aber nur vierfacht.

Noch schärfer als in den vorstehenden Zahlen treten die Wandlungen hervor, wenn man die Untersuchungen auf die Jahre 1834—1914 ausdehnt. Dann ergeben sich folgende Entwicklungsreihen:

Zeitraum	Passivzinsen Fr.	Aktivzinsen	
		absolut Fr.	In % der Passivzinsen
1834—1840	573,361	31,643	5.5
1841—1850	728,159	32,719	4.5
1851—1860	1,212,742	676,916	55.9
1861—1870	2,276,052	1,047,606	46.0
1871—1880	4,593,745	1,690,373	36.8
1881—1890	9,296,794	3,032,659	32.6
1891—1900	9,048,595	4,045,803	44.7
1901—1910	23,820,575	14,067,451	59.0
1911—1914	14,619,394	9,455,816	64.7
Total	66,169,417	34,080,986	51.5

Das Fehlen jeder Amortisation bis 1880, wachsende Anlehenszinsen und eine fortwährende, sehr starke Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben haben das Zurückgehen des verhältnismässigen Anteils der Aktivzinsen an den Passivzinsen von 1861—1890 verursacht. Dann tritt freilich der Umschwung ein. Gegenüber früher reduzierte sich der Zinsfuss für die konvertierten Anleihen; es erfolgten ordentliche und ausserordentliche Amortisationen und, wie bereits erwähnt wurde, namhafte Abschreibungen auf den zu amortisierenden Aktiven. Ausserdem tritt die Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben stark zurück, das nun von den gewerblichen Unternehmungen in weitgehendem Masse benutzt wird, wobei zu betonen ist, dass das Geld der Staatskasse vielfach zu einem höheren Ansätze verzinst werden muss als die Anleihen.

Weiter oben ist auf die starke Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben in den Jahren 1861—1885 hingewiesen worden. Hätte man diese, wie es nun seit mehr als zwei Jahrzehnten geschieht, aus laufenden Mitteln bestritten, so würden heute die Passiv- und Aktivzinsen innestehen. Der wesentliche Unterschied in den finanzpolitischen Massnahmen von 1861—1885 und denen von da an bis auf unsere Tage kann wohl nicht besser veranschaulicht werden als im Verhältnis der Aktivzinsen zu den Passivzinsen.

Für *Verzinsung und Amortisation* sind in den Vergleichsjahren folgende Summen ausgeworfen worden:

Jahr	Verzinsung Fr.	Amortisation Fr.	Zusammen Fr.
1880	887,862	—	887,862
1890	857,799	—	857,799
1900	1,407,252	500,000	1,907,252
1910	3,215,582	835,000	4,050,582
1913	3,657,948	925,000	4,582,948
1914	3,830,808	965,000	4,795,808

Die ordentliche Amortisation setzt 1881 ein, daher fehlt im Jahre 1880 ein Betrag. Dies letztere gilt auch für 1890. Die Erklärung ist darin zu suchen, dass Ende 1889 alle Anleihen in ein einziges konvertiert worden sind.

Das Staatsschuldenwesen des Kantons Baselstadt seit seinem Bestehen ist in Tabelle 5 dargestellt. Danach sind von 1834—1914 18.6% aller Staatsausgaben für Verzinsung und Amortisation der Staatsschulden verwendet worden. Auffallend in den Zusammenstellungen der Tabelle 5 ist das starke Zurückgehen des verhältnismässigen Anteils der Passivzinsen an den Ausgaben im Zeitraume von 1891—1900. Diese Erscheinung kann zweifelsohne als eine Folge des niederen Zinsfusses des Anleihens von 1889 angesehen werden.

Um in das dunkle Bild des Staatsschuldenwesens auch einen hellen Zug zu bringen, tut man gut, der Verzinsung und Amortisation die *Erwerbseinkünfte* gegenüberzustellen und das Mehr oder Weniger zu ermitteln. Unter Erwerbseinkünften sind zu verstehen die Immobilienzinsen, die Aktivzinsen und die Bruttoerträge der gewerblichen Unternehmungen. Für die Vergleichsjahre ergibt sich folgendes Bild:

Erwerbseinkünfte Fr.	Überschuss der Erwerbseinkünfte über die Verzinsung und Amortisation Fr.
671,178	— 216,684
1,038,902	181,103
2,099,635	182,383
4,239,753	189,171
5,469,718	886,770
5,265,898	470,090

Während früher die Erwerbseinkünfte unter der Verzinsung und Amortisation blieben, ist mit der steigenden Entwicklung der gewerblichen Unternehmungen nun namentlich in den letzten Jahren das gerade Gegenteil eingetreten. Besonders erfreulich waren die Überschüsse 1913. Im Jahre 1914 trat, verursacht durch den Krieg, ein Rückschlag ein.

Besser noch als die vorstehenden Zahlen geben die Zusammenstellungen der Tabelle 6 ein Bild über die wachsende Bedeutung der Erwerbseinkünfte für den baselstädtischen Staatshaushalt. Während im Zeitraume von 1834—1914 der verhältnismässige Anteil der Erwerbseinkünfte an den Einnahmen überhaupt nur 18.6% betrug, ist er in den Jahren 1911—1914 auf 26.2% gestiegen. Interessant ist das Zurückgehen des verhältnismässigen Anteils im Zeitraume 1891—1900, wohl eine Folge der abnorm hohen Erträge der Handänderungssteuer.

Die Bruttoerträge dienen in erster Linie zur Amortisation der Staatsschulden und zur Reservenbildung, wie aus den Tabellen 5 und 7 ersichtlich ist. Der über die Amortisation und die Reservenbildung hinaus verbleibende Betrag, sowie die Aktivzinsen und die Immobilienzinsen bleiben zusammen für den Zeitraum 1834—1914 etwas unter den Passivzinsen. Das ist, wie bereits früher betont wurde, das Resultat der Finanzpolitik der Jahre 1861—1885, in welchem Zeitraume durch eine ungesunde Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben die Passivzinsen abnorm in die Höhe gingen.

Immerhin hat das Missverhältnis in den letzten Jahren nachgelassen. Im Zeitraume 1911—1914 reichten die Erwerbseinkünfte zur Verzinsung und Amortisation aus.

Wenn auch die *Reservenbildung* schon wiederholt gestreift worden ist, so scheinen doch noch einige zusammenfassende Ausführungen darüber nicht ganz überflüssig zu sein. Bei Besprechung der Bilanz ergab sich, dass seit 1880 aus den Überschüssen der Staatsrechnungen und den 10%-Steuerzuschlägen der Jahre 1909—1914 ein Reservekonto gespiesen wurde, der seit drei Jahrzehnten zur Deckung der Defizite genügte, jetzt aber bis auf eine kleine Summe aufgezehrt ist. In der bereits erwähnten Tabelle 7, welche den Anteil der Reservenbildung an den Ausgaben durch die Jahre hindurch darstellt, erscheinen nur die 10%-Steuerzuschläge, weil sie in den Ausgaben enthalten sind, nicht aber die Überschüsse. Die bereits erwähnte Reservenbildung aus den Erträgen der industriellen Betriebe ist ebenfalls aus Tabelle 7 ersichtlich. Daraus geht auch noch hervor, dass in den achtziger Jahren bedeutende Beträge an Steuern zu Rücklagen dienten. Die erwähnten Summen wurden dem Amortisationskonto gutgeschrieben. Das Total aller Gutschriften beläuft sich auf 8.3 Millionen, wovon 6.4 Millionen aus den Erträgen der industriellen Betriebe und 1.1 Millionen aus Steuererträgen. Was die Verwendung der Rücklagen anbelangt, so sind, wie früher erwähnt wurde, zur teilweisen Deckung der Kosten für Eisenbahnumbauten 4.3 Millionen benutzt worden. Weitere 2.5 Millionen dienten zu ausserordentlichen Kapitalrückzah-

lungen. Der Konto hat gegenwärtig noch einen Buchwert von Fr. 756,750. 55.

In diesem Zusammenhange mag noch eine Tatsache nicht unerwähnt bleiben, die für die Frage der Wiedervereinigung von Interesse ist. Der Amortisationskonto wird in der Hauptsache gespeisen durch kommunale Einnahmen (Gaswerk) und verwendet für staatliche Ausgaben, wie die Ablösung der Steuerfreiheit der badischen Staatsangestellten. Untersuchungen über den Anteil der staatlichen und kommunalen Ausgaben und Einnahmen an den Ausgaben und Einnahmen überhaupt wären daher nicht uninteressant und könnten Anhaltspunkte in bezug auf die Finanzlage der Einwohnergemeinde Basel am Tage nach der Wiedervereinigung geben.

In der Verwendung des Amortisationskonto tritt die wachsende Bedeutung der gewerblichen Betriebe für den Staatshaushalt erneut scharf hervor.

Das *Resultat der vorliegenden Untersuchungen über baselstädtische Finanzen und Finanzpolitik* lässt sich kurz dahin zusammenfassen: Während bis 1880 in den Ausgaben keine Amortisationen vorgesehen sind, setzen von da an starke ordentliche und ausserordentliche Kapitalrückzahlungen ein. Die dauernde Inanspruchnahme des Staatsvermögens für unproduktive Ausgaben in den Jahren 1861—1885, die den Passivzinsendienst sehr ungünstig beeinflusst hat, lässt merklich nach und wird durch die vorübergehende ersetzt, wodurch mit der Zeit grosse Beträge wieder dem Staatsvermögen zufließen. Die Amortisationen und die Abschreibungen beeinflussen das Verhältnis der Aktivzinsen zu den Passivzinsen, und ausserdem wird dadurch die Vermögenslage wesentlich verbessert. Die Anleihen werden in den letzten Jahren mehr für produktive Zwecke verwendet, als es früher der Fall war, was aus den grossen Anlage- und Betriebskapitalien der gewerblichen Unternehmungen ersichtlich ist. Durch die veränderte Verwendung der Anleihen erfahren die Aktivzinsen eine weitere Steigerung, und ihr Anteil an den Passivzinsen nimmt zu. Die gewerblichen Betriebe werfen von Jahr zu Jahr vermehrte Erträge ab. Diese reichen zur Amortisation aus, ermöglichen die Reservenbildung und liefern ausserdem noch Mittel, die mit den Immobilienzinsen und den Aktivzinsen wenigstens in den letzten Jahren genügten, die gesamte Staatsschuld zu verzinsen, ob sie für produktive oder unproduktive Zwecke verwendet worden ist. Gäbe es keine gewerblichen Unternehmungen, so würden die meisten Aktivzinsen wegfallen, sowie auch die Passivzinsen für den Teil der Anleihen, der in den öffentlichen Werken steckt. Es bliebe nur noch der Teil, der für unproduktive Ausgaben und Liegenschaftserwerbungen verwendet wurde. Dafür wären nach wie vor

Zinsen zu zahlen, nur müsste die Deckung durch erhöhte Steuern geschehen infolge des Wegfalles fast aller Erwerbseinkünfte. Ähnlich würde es sich mit den Kapitalrückzahlungen verhalten. Demnach hat also die wachsende Schuldenlast keinen vermehrten Steuerdruck nach sich gezogen, sondern der Steuerdruck wurde eher gemildert. Dank gesunder Massnahmen hat sich also in den letzten Jahren die Finanzlage des Kantons Baselstadt bedeutend verbessert und bot bei Ausbruch des Krieges zu Besorgnissen keinen Anlass. Sie hätte sich noch besser gestaltet, wenn nicht in den Jahren 1861—1885 zahlreiche Ausgaben, statt durch Steuern, auf dem Wege von Anleihen bestritten worden wären, was in der Folge zu einer zu starken Belastung des Zinsdienstes führte.

Wenn man nicht lediglich an den blinden Zufall glaubt, sondern in den mitgeteilten Zahlenreihen die Tätigkeit derjenigen sieht, denen die Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten die Verwaltung der Finanzen anvertraut hat, so kann der Abschied von der Vergangenheit am besten in einem Worte des Dankes und der Anerkennung für ihr erspriessliches Wirken bestehen.

II.

Der europäische Krieg beeinflusst die schweizerische Volkswirtschaft sehr ungünstig. Es leuchtet daher ohne weiteres ein, dass die Krise, die über unsere Volkswirtschaft hereingebrochen ist, sich auch bei ihren grössten und bedeutungsvollsten Einzelwirtschaften, dem Bunde, den Kantonen und den Gemeinden, recht fühlbar macht. Fast ausnahmslos sind die Ausgaben gestiegen oder mindestens gleichgeblieben, während die Einnahmen einen mehr oder weniger starken Rückgang zu verzeichnen haben.

Aus dem Gesagten erhellt, dass auch die Finanzlage des Kantons Baselstadt, die vor Ausbruch des Krieges zu irgendwelchen Besorgnissen keinen Anlass gab, nun eine recht unerfreuliche geworden ist. In der Rechnung von 1914 kündete sich der schädigende Einfluss des Krieges auf unseren Staatshaushalt erst schwach an. Seine ganze Schwere aber werden die Rechnungen von 1915 und 1916 zahlenmässig erhärten. Immerhin liefern schon die vorliegenden Budgets dieser beiden Jahre, die sehr sorgfältig aufgestellt worden sind, einige Anhaltspunkte darüber, wie misslich sich die Finanzlage während des Krieges gestalten wird. Die budgetierten Ausgaben und Einnahmen sind daher in Tabelle 1 und 2 ebenfalls dargestellt worden. Da sie nun aber vielfach nur sehr problematischen Wert besitzen und sich auch nicht mit den wirklichen Ausgaben und Einnahmen der fünf Rechnungsjahre, die in den erwähnten Tabellen ebenfalls enthalten sind, vergleichen lassen,

so soll sich die textliche Besprechung lediglich auf die Bilanz beschränken.

Die Budgets sehen ausserordentlich hohe Defizite vor. Wenn sie in ihrem vollen Umfange ausgewirkt werden, so schliessen die Staatsrechnungen von 1915 und 1916 mit einer Mindereinnahme von zusammen 7.2 Millionen Franken ab. Nun darf man allerdings annehmen, dass sich das Ergebnis doch etwas günstiger gestalten wird, da einzelne Einnahmen, es sei nur die Erbschaftssteuer erwähnt, sehr nieder angesetzt sind und in den letzten Jahren stets höhere Beträge abwarfen, als sie im Budget vorgesehen waren.

Bei der Beurteilung des budgetierten Defizits für die Jahre 1915 und 1916 darf aber nicht ausser acht gelassen werden, dass in den Ausgaben 2.2 Millionen Franken zur Reservenbildung stecken. Da diese Summe auf den Konto Vor- und Rückschläge übertragen wird, der zur Deckung der Defizite dient, so ist sie vom Defizit, wie es sich aus den Schlusszahlen ergibt, in Abzug zu bringen. Das mutmassliche Defizit beträgt also nur 5 Millionen Franken.

Nun sind aber noch, wie früher erwähnt wurde, Fr. 300,000 an Reserven aus früheren Jahren vorhanden. Bringt man auch diese in Abzug, so bleibt ein ungedeckter Betrag von 4.7 Millionen Franken. In der Botschaft zum Budget 1916 stellt der Regierungsrat in Aussicht, den Ertrag der Kriegssteuer dem Konto Vor- und Rückschläge gutzuschreiben. Da dieser sich auf 1.8 Millionen belaufen soll, so würde sich aus den Jahren 1915 und 1916 im allerungünstigsten Falle ein ungedecktes Defizit von 3 Millionen Franken ergeben, für das der Staatskredit in Anspruch zu nehmen wäre. Was die Situation noch etwas verschlimmert, ist die Tatsache, dass 1916 die Abschreibungen unterbleiben mussten. Immerhin darf dabei nicht ausser acht gelassen werden, dass in den letzten Jahren sehr hohe Abschreibungen gemacht worden sind.

Die baselstädtische Finanzlage ist also während des Krieges eine sehr unerfreuliche geworden. Es fragt sich daher, wie lange dieser Zustand noch andauern wird und ob in Zukunft eine Besserung in Aussicht steht. Niemand kann auch nur für 1917 mit Sicherheit sagen, wie sich der Staatshaushalt gestalten wird; nur so viel scheint festzustehen, dass die Steuerzuschläge von 20% noch für längere Zeit bleiben werden, viel länger, als seinerseits in Aussicht gestellt worden ist.

Nimmt man an, in absehbarer Zeit werde die schweizerische Volkswirtschaft wieder ungefähr die Züge annehmen wie vor dem Kriege, so beeinflusst das einen Grossteil der Staatseinnahmen günstig, namentlich aber die Steuererträge und die Erwerbseinkünfte, besonders wenn es sich die Verwaltung angelegen sein lässt, durch eine gute Wirtschaftspolitik das Erwerbsleben zu fördern. Die Besserung des fiskalischen Budgets wird vor allem in der Besserung des volkswirtschaftlichen Budgets zu suchen sein.

Seit Ausbruch des Krieges bestand die Kunst des Finanzierens vielfach auch in der Beschränkung der Ausgabenseite. Das budgetierte Defizit der Jahre 1915 und 1916, welches in der Hauptsache wohl ausgewirkt wird, mahnt auch für die Zukunft zu verständigem Masshalten innerhalb des Erreichbaren und in den Grenzen der vorhandenen Kräfte und Mittel.

Wenn dabei auch die für die Vergangenheit von uns aufgezeichnete Finanzpolitik weiterverfolgt wird, so ist zu hoffen, der Weltkrieg werde ohne zu starke Störungen für den baselstädtischen Staatshaushalt bald zu Ende gehen, um einer friedlichen Zeit Platz zu machen, in der sich die Finanzen rasch wieder so erholen, dass sie es dem Kanton Baselstadt ermöglichen, auf die Dauer ohne besondere Schwierigkeiten alle die Aufgaben staatlicher und kommunaler Natur zu lösen, die seiner noch harren.

Tabelle 1.

Ausgaben und Einnahmen des Kantons Baselstadt.

№	Art der Ausgaben und Einnahmen	Rechnung												Budget			
		1880		1890		1900		1910		1913		1914		1915		1916	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
A. Ausgaben.																	
1	Ständerat, Grosser Rat u. Regierungsrat	98,126	2.1	62,866	1.0	79,721	0.6	110,259	0.6	113,903	0.6	110,635	0.5	104,650	0.5	103,350	0.5
2	Erziehungsdepartement	832,571	17.6	1,469,655	22.7	2,473,958	20.5	4,177,861	22.9	4,599,817	22.0	4,668,969	21.8	4,895,745	22.5	5,109,904	23.0
3	Justizdepartement	269,073	5.7	286,248	4.4	565,870	4.7	790,884	4.3	997,588	4.8	1,017,774	4.7	1,081,404	5.0	1,115,163	5.0
4	Kirchendienst	120,493	2.5	118,462	1.8	177,232	1.5	202,364	1.1	232,688	1.1	97,040	0.4	61,633	0.3	12,227	0.0
5	Finanzdepartement	27,464	0.6	32,343	0.5	71,600	0.6	146,325	0.8	165,883	0.8	220,589	1.0	227,870	1.1	257,410	1.2
6	Polizeidepartement	315,695	6.7	362,254	5.6	687,627	5.7	1,018,369	5.6	1,128,090	5.4	1,118,817	5.2	1,162,865	5.3	1,179,820	5.3
7	Baudepartement	1,802,276	38.1	2,314,085	35.8	4,859,108	40.2	4,613,810	25.8	5,382,063	25.7	5,601,410	26.1	4,918,175	22.6	4,511,702	20.8
8	Sanitätsdepartement	168,287	3.6	263,190	4.1	718,468	5.9	1,116,189	6.1	1,272,417	6.1	1,352,761	6.3	1,507,605	6.9	1,630,880	7.3
9	Inneres	116,332	2.4	78,634	1.2	186,864	1.6	479,472	2.6	548,757	2.6	765,346	3.6	710,653	3.3	898,708	4.0
10	Löschwesen	39,245	0.8	37,049	0.6	52,623	0.4	125,618	0.7	134,223	0.6	155,796	0.7	154,971	0.7	170,500	0.8
11	Militärdirektion	32,253	0.7	37,880	0.6	77,830	0.6	78,926	0.4	75,797	0.4	201,521	0.9	112,654	0.5	290,028	1.3
12	Ruhegehälter	19,029	0.4	99,690	1.5	160,234	1.3	301,396	1.7	299,363	1.4	332,523	1.6	359,300	1.6	379,100	1.7
13	Verzinsung der Staatsschulden	887,862	18.8	857,799	13.2	1,407,252	11.7	3,215,583	17.7	3,657,948	17.5	3,830,808	17.9	4,336,300	20.0	4,432,500	20.0
14	Amortisation der Staatsschulden	—	—	—	—	500,000	4.1	835,000	4.6	925,000	4.4	965,000	4.5	1,000,000	4.6	1,035,000	4.7
15	Übertrag auf den Amortisationskonto	—	—	454,691	7.0	74,250	0.6	377,170	2.1	742,384	3.5	385,170	1.8	—	—	—	—
16	Konto Vor- und Rückschläge	—	—	—	—	—	—	640,504	3.5	645,706	3.1	639,720	3.0	1,110,000	5.1	1,088,000	4.9
	Total	4,728,706	100.0	6,474,846	100.0	12,092,637	100.0	18,229,730	100.0	20,921,627	100.0	21,463,879	100.0	21,743,825	100.0	22,214,292	100.0
B. Einnahmen.																	
1	Immobilienzinse	80,310	2.1	124,715	1.9	240,833	2.0	189,463	1.1	203,563	1.0	219,427	1.1	206,000	1.1	198,000	1.1
2	Kapitalzinse	407,637	10.4	368,063	5.6	892,312	7.6	1,973,238	11.2	2,413,296	11.8	2,491,269	12.3	2,910,468	15.7	2,870,000	15.8
3	Bruttoerträge der gewerblichen Unternehmungen	255,231	6.5	546,125	8.3	966,489	8.2	2,077,052	11.8	2,852,859	13.9	2,555,202	12.7	2,030,030	11.0	2,112,000	11.6
4	Ertrag des Salzmonopols	135,862	3.5	112,315	1.7	160,204	1.4	202,141	1.1	233,257	1.1	200,832	1.0	210,000	1.1	205,000	1.1
5	Ertrag der Merian'schen Stiftung	—	—	160,674	2.4	78,946	0.7	200,306	1.1	200,669	1.0	203,315	1.0	200,000	1.1	200,000	1.1
6	Abhebung von Fonds	—	—	—	—	201,473	1.7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
7	Vorschüsse aus dem Staatsvermögen	—	—	—	—	85,517	0.7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Verwaltungseinnahmen aller Art	358,100	9.1	391,015	5.9	826,470	7.1	1,235,731	7.0	1,492,532	7.3	1,557,374	7.7	1,091,086	5.9	1,184,890	6.5
9	Ertrag der Wirtschaftspatente	—	—	201,647	3.1	278,749	2.4	348,427	2.0	363,388	1.8	299,327	1.5	350,000	1.9	340,000	1.9
10	Ertrag der sämtlichen Steuern	2,642,862	67.4	4,563,665	69.3	7,714,380	65.7	10,498,826	59.5	11,637,246	56.8	11,718,346	57.9	10,447,000	56.4	10,095,000	55.6
11	Gesetzliche Zuwendungen aus Bundesmitteln	38,655	1.0	116,362	1.8	294,361	2.5	922,870	5.2	1,082,127	5.3	970,009	4.8	1,065,248	5.8	958,851	5.3
	Total	3,918,657	100.0	6,584,581	100.0	11,739,734	100.0	17,648,054	100.0	20,478,937	100.0	20,215,101	100.0	18,509,832	100.0	18,164,241	100.0
	C. Defizit	810,049		—		352,903		581,676		442,690		1,248,778		3,233,993		4,050,051	
	D. Überschuss	—		109,735		—		—		—		—		—		—	

Tabelle 2.

Ertrag der kantonalen Steuern.

№	Art der Steuern	Rechnung										Budget					
		1880		1890		1900		1910		1913		1914		1915		1916	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	Städtische Gemeindesteuer	165,677	6.8	466,125	10.2	1,269,680	16.4	1,619,139	15.4	1,830,223	15.7	1,915,959	16.3	1,750,000	16.7	1,700,000	16.9
2	Einkommens- und Erwerbssteuer	808,512	30.6	1,548,672	33.9	2,465,778	32.0	2,992,226	28.5	3,417,570	29.4	3,362,280	28.7	2,880,000	27.6	2,760,000	27.8
3	Vermögenssteuer	840,053	31.8	948,794	20.8	1,868,431	24.2	2,511,543	23.9	2,700,284	23.2	2,641,832	22.6	2,760,000	26.4	2,760,000	27.3
4	Steuer der anonymen Erwerbsgesellschaften	20,571	0.8	186,916	4.1	277,866	3.6	748,728	7.2	966,603	8.3	1,034,377	8.8	1,020,000	9.8	1,008,000	10.0
5	Handänderungssteuer	309,056	11.7	525,805	11.5	464,598	6.0	622,378	5.9	484,869	4.2	394,471	3.4	450,000	4.8	300,000	3.0
6	Stempelsteuer	105,162	4.0	221,660	4.9	180,454	2.8	302,749	2.9	243,269	2.1	188,171	1.6	220,000	2.1	200,000	2.0
7	Banknotensteuer	—	—	68,800	1.5	170,710	2.2	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
8	Erbschaftssteuer	121,763	4.6	258,493	5.7	439,058	5.7	793,154	7.6	1,013,764	8.7	1,427,519	12.2	700,000	6.7	700,000	6.9
9	Hundesteuer	11,942	0.5	18,370	0.4	28,300	0.4	39,770	0.4	40,061	0.8	39,930	0.3	42,000	0.4	37,000	0.4
10	Feuerwehrsteuer	—	—	31,400	0.7	59,547	0.8	85,508	0.8	96,068	0.8	103,535	0.9	90,000	0.9	80,000	0.8
11	Reinigungs- und Beleuchtungssteuer	69,716	2.6	90,430	2.0	222,912	2.6	335,964	3.2	379,972	3.3	397,183	3.4	385,000	3.7	400,000	3.9
12	Wein- und Bierohmgeld	133,198	5.0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
13	Weineingangs- und Konsumgebühr	50,122	1.8	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
14	Nach- und Strafzahlungen für umgangene Steuern	7,090	0.3	198,200	4.8	267,046	3.5	444,897	4.2	458,323	4.0	208,048	1.8	150,000	1.4	150,000	1.5
15	Anonyme Steuerzahlungen	—	—	—	—	—	—	2,770	0.0	6,240	0.0	5,041	0.0	—	—	—	—
	Total	2,642,862	100.0	4,563,665	100.0	7,714,380	100.0	10,498,826	100.0	11,637,246	100.0	11,718,346	100.0	10,447,000	100.0	10,095,000	100.0

Tabelle 3.

Gesetzliche Zuwendungen aus Bundesmitteln.

№	Art der Zuwendung	Rechnung										Budget					
		1880		1890		1900		1910		1913		1914		1915		1916	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
1	Patenttaxen der Handelsreisenden	—	—	—	—	8,528	2.9	18,791	2.0	19,833	1.8	19,165	1.9	15,000	1.4	14,000	1.5
2	Fiskalbusenanteil	693	1.8	1,298	1.1	1,834	0.6	3,506	0.4	4,864	0.4	3,861	0.4	3,200	0.8	3,200	0.3
3	Anteil am Ertrag des Alkoholmonopols	—	—	—	—	167,727	57.0	214,481	23.2	249,462	23.1	238,556	24.6	204,000	19.2	204,500	21.3
4	Entschädigung für die Banknotensteuer	—	—	—	—	—	—	190,263	20.6	210,775	19.5	200,571	20.7	190,367	17.9	180,163	18.8
5	Bundessubventionen	—	—	—	—	15,000	5.1	363,132	39.4	453,857	42.0	381,441	39.3	452,681	42.4	356,988	37.2
6	Militärpflichtersatzsteuer	37,962	92.2	67,691	58.2	101,272	34.4	132,697	14.4	143,336	13.2	126,415	13.1	200,000	18.8	200,000	20.9
7	Entschädigung für den Wegfall der Weineingangs- und Konsumgebühr	—	—	47,373	40.7	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Total	38,655	100.0	116,362	100.0	294,361	100.0	922,870	100.0	1,082,127	100.0	970,009	100.0	1,065,248	100.0	958,851	100.0

Tabelle 4.

Vermögenslage des Kantons Baselstadt.

(Ohne unproduktive Aktiven.)

№	Art der Aktiven und Passiven	Rechnung											
		1880		1890		1900		1910		1913		1914	
		absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%	absolut	%
A. Aktiven.													
1	Barschaft, Bankguthaben und Titel	6,094,945	41.3	2,964,501	26.5	454,436	1.4	11,029,527	15.2	2,945,134	3.7	3,870,013	4.7
2	Kontokorrentguthaben bei Verwaltungen mit gesonderter Rechnungsführung	—	—	120,000	1.1	7,623	0.0	343,652	0.5	—	—	38,684	0.0
3	Vorschüsse an Departemente und Verwaltungen	27,724	0.2	20,485	0.2	106,370	0.3	30,837	0.0	36,645	0.0	132,332	0.2
4	Ausstehende Volksschulsubvention	—	—	—	—	—	—	67,336	0.1	81,550	0.1	81,551	0.1
5	Verschiedene Guthaben	47,868	0.3	—	—	47,111	0.1	337,642	0.5	370,004	0.5	697,880	0.8
6	Inventarwerte	229,525	1.5	237,007	2.1	212,037	0.6	430,983	0.6	449,968	0.6	399,403	0.5
7	Dotationskapital der Kantonalbank	—	—	—	—	5,000,000	14.8	20,000,000	27.6	20,000,000	24.9	20,000,000	24.4
8	Anlage- und Betriebskapital der gewerblichen Unter- nehmungen	5,208,269	35.3	4,602,933	41.1	15,470,720	45.8	25,305,504	34.9	34,488,108	42.9	34,899,281	42.5
9	Buchwert der produktiven Liegenschaften	2,655,908	18.0	2,807,504	25.1	8,253,257	24.4	7,399,401	10.2	16,938,227	21.1	17,213,221	21.0
10	Strassenkorrektionskonti	218,557	1.5	439,181	3.9	3,046,726	9.0	4,320,698	6.0	1,867,109	2.3	1,727,619	2.1
11	Kanalisationskonto	—	—	—	—	1,228,523	3.6	1,660,435	2.3	1,996,290	2.5	2,016,090	2.5
12	Mittlere Rheinbrücke, Neubaukonto	—	—	—	—	—	—	1,271,758	1.7	931,664	1.2	840,873	1.0
13	1200 Aktien des Stadttheaters	—	—	—	—	—	—	300,000	0.4	200,000	0.2	200,000	0.2
14	Gotthardsubvention	277,261	1.9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	Total	14,760,057	100.0	11,191,611	100.0	33,826,803	100.0	72,497,773	100.0	80,304,699	100.0	82,116,947	100.0
B. Passiven.													
1	Anlehensschulden	22,760,000	96.9	21,000,000	89.7	43,740,000	93.1	91,835,000	98.7	94,135,000	95.6	93,170,000	92.5
2	Temporäre Geldaufnahmen	—	—	—	—	1,400,000	3.0	—	—	—	—	4,000,000	4.0
3	Verschiedene Kreditoren	76,738	0.3	212,004	0.9	462,660	1.0	804,765	0.9	2,839,448	2.9	2,285,640	2.3
4	Kontokorrentguthaben von Verwaltungen mit gesonderter Rechnungsführung	15,000	0.1	44,377	0.2	470,335	1.0	113,968	0.1	116,112	0.1	53,774	0.0
5	Rückstellungen aller Art	661,095	2.8	2,152,599	9.2	923,653	1.9	265,867	0.3	1,404,957	1.4	1,178,298	1.2
	Total	23,512,833	100.0	23,408,980	100.0	46,996,648	100.0	93,019,600	100.0	98,495,517	100.0	100,687,712	100.0
	C. Überschuss der Passiven über die produktiven Aktiven	8,752,776	—	12,217,369	—	13,169,845	—	20,521,827	—	18,190,818	—	18,570,765	—

Anteil der Verzinsung und Amortisation der Staatsschulden an den Ausgaben. Tabelle 5.

Zeitraum	Ausgaben Fr.	Kapitalzinsen (Passivzinsen)		Amortisation		Zusammen	
		absolut Fr.	in % der Ausgaben	absolut Fr.	in % der Ausgaben	absolut Fr.	in % der Ausgaben
1834—1840	5,049,404	573,361	11.4	—	—	573,361	11.4
1841—1850	7,052,668	728,159	10.3	—	—	728,159	10.3
1851—1860	10,089,462	1,212,742	12.0	—	—	1,212,742	12.0
1861—1870	16,955,249	2,276,052	13.4	—	—	2,276,052	13.4
1871—1880	31,985,842	4,593,745	14.4	—	—	4,593,745	14.4
1881—1890	51,367,405	9,296,794	18.1	1,900,000	3.7	11,196,794	21.8
1891—1900	88,310,893	9,048,595	10.2	2,513,000	2.8	11,561,595	13.0
1901—1910	144,800,281	23,820,575	16.5	6,905,000	4.8	30,725,575	21.3
1911—1914	81,032,466	14,619,394	18.0	3,665,000	4.5	18,284,394	22.5
Total	436,643,670	66,169,417	15.2	14,983,000	3.4	81,152,417	18.6

Anteil der Erwerbseinkünfte an den Einnahmen. Tabelle 6.

Zeitraum	Einnahmen Fr.	Erwerbseinkünfte							
		Immobilienzinsen		Kapitalzinsen (Aktivzinsen)		Bruttoerträge der gewerblichen Betriebe		zusammen	
		absolut Fr.	in % der Ein- nahmen	absolut Fr.	in % der Ein- nahmen	absolut Fr.	in % der Ein- nahmen	absolut Fr.	in % der Ein- nahmen
1834—1840	4,083,188	26,740	0.6	31,643	0.8	—	—	58,383	1.4
1841—1850	7,073,672	48,678	0.7	32,719	0.5	—	—	81,397	1.2
1851—1860	10,543,003	98,519	0.9	676,916	6.4	—	—	775,435	7.3
1861—1870	14,975,997	65,444	0.4	1,047,606	7.0	8,953	0.1	1,122,003	7.5
1871—1880	29,549,087	452,920	1.6	1,690,373	5.7	2,011,326	6.8	4,154,619	14.1
1881—1890	51,851,290	1,266,514	2.5	3,032,659	5.8	5,044,258	9.7	9,343,431	18.0
1891—1900	87,074,146	1,836,785	2.1	4,045,803	4.7	7,517,087	8.6	13,399,675	15.4
1901—1910	142,875,456	2,014,397	1.3	14,067,451	9.8	13,518,511	9.6	29,600,359	20.7
1911—1914	79,458,111	822,400	1.1	9,455,816	11.9	10,523,387	13.2	20,801,603	26.2
Total	427,484,951	6,632,397	1.6	34,080,986	8.0	38,623,522	9.0	79,336,905	18.6

Anteil der Rückstellungen an den Ausgaben. Tabelle 7.

Zeitraum	Ausgaben Fr.	Rückstellungen					
		aus dem Ertrag der gewerblichen Betriebe		aus Steuererträgen		überhaupt	
		absolut Fr.	in % der Ausgaben	absolut Fr.	in % der Ausgaben	absolut Fr.	in % der Ausgaben
1834—1840	5,049,404	—	—	—	—	—	—
1841—1850	7,052,668	—	—	—	—	—	—
1851—1860	10,089,462	—	—	—	—	—	—
1861—1870	16,955,249	—	—	—	—	—	—
1871—1880	31,985,842	237,626	0.7	—	—	237,626	0.7
1881—1890	51,367,405	1,297,936	2.5	1,112,078	2.2	2,410,014	4.7
1891—1900	88,310,893	1,094,159	1.2	—	—	1,094,159	1.2
1901—1910	144,800,281	1,567,322	1.1	1,221,661	0.8	2,788,983	1.9
1911—1914	81,032,466	2,239,270	2.7	2,579,138	3.2	4,818,408	5.9
Total	436,643,670	6,436,313	1.5	4,912,877	1.1	11,349,190	2.6